

Klaus-Peter Murawski

Die geplante Gesundheitsreform gefährdet rund 600 Arbeitsplätze in Stuttgart und die hohe Versorgungsqualität der Stuttgarter Krankenhäuser

Die geplante Reform sieht insbesondere für die Krankenhäuser einschneidende Maßnahmen vor, die uns in einem nicht zu vertretenden Maß belasten würden. Als - für die Krankenhäuser in Stuttgart zuständiger Bürgermeister und Vorsitzender des Verbandes der Krankenhäuser in Stuttgart e.V. - erläutere ich Ihnen heute gerne, weshalb der Reformentwurf für uns inzwischen zu einem finanziellen Alptraum geworden ist.

Die 20 Mitgliedskrankenhäuser des Verbandes stehen in privater, freigemeinnütziger und kommunaler Trägerschaft. Sie versorgen die Bevölkerung Stuttgarts sowie weite Teile der Region und tragen als Arbeitgeber die Verantwortung für ca. 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Direkte Verantwortung als Trägervertreter habe ich für das Klinikum Stuttgart mit 2.500 Planbetten, einem Klinikum der Maximalversorgung, das mit einem Erlösbudget von ca. 300 Mio. € das größte kommunale Krankenhaus in Baden – Württemberg ist.

Lassen Sie mich gleich zu Anfang meines Redebeitrags an Sie appellieren, die Krankenhäuser darin zu unterstützen, die existenzgefährdenden Eckpunkte der geplanten Gesundheitsreform abzuwenden. Es sind dies:

1. die Kürzung der Vergütungen um 0,7 Prozent, die als "Sanierungsbeitrag für die gesetzlichen Krankenkassen" titulierte wird,
2. ein weiterer Abzug in Höhe von 1 Prozent für den sog. Integrationsbudgettopf, der um zwei Jahre verlängert wird.

Alleine diese Maßnahmen würden nämlich dazu führen, dass die Stuttgarter Krankenhäuser mit ihren rund 5.500 Betten und einem Erlösbudget von rund 630 Mio. € mit weiteren rund 11 Mio. € pro Jahr belastet werden. Rechnet man die zusätzlichen Aufwendungen für

- kommende Tarifsteigerungen,
- die finanzielle Belastung durch die Arbeitszeitreform,
- die Mehraufwendungen infolge der Umsatzsteuererhöhung
- sowie die Belastungen durch die völlig unzureichende Steuerungsrate von 0,28%

hinzu, ergibt sich eine Belastung von nahezu 27 Mio. € jährlich. Als Kompensation - so die bittere Konsequenz für Unternehmen mit einem 70 %igen Personalkostenanteil - kommt in erster Linie Personalabbau in Frage: bis

zu 600 Arbeitsplätze können nicht mehr finanziert werden, was zwangsläufig auch zu einer deutlich schlechteren Versorgungsqualität führt.“

Am Beispiel des Klinikum Stuttgarts stellt sich die Belastung durch die zusätzlichen Risiken wie folgt dar:

Die Kürzung der Vergütungen um 0,7 %, die als "Sanierungsbeitrag für die gesetzlichen Krankenkassen" tituiert wird, belastet das Klinikum Stuttgart zusätzlich mit ca. 1,8 Mio. €. Ein Betrag, der auf den ersten Blick nicht erschreckend klingt. Man muss jedoch sehen, dass das Klinikum alleine durch die anstehenden zusätzlichen Risiken mit insgesamt ca. **12,6 Mio. €** belastet wird. Neben den genannten 1,8 Mio. € schlagen nämlich folgende zusätzlichen Fakten zu Buche:

- Tarifvertrag Marburger Bund	+ 4,3 Mio. €
- Tarifvertrag Verdi	+ 2,9 Mio. €
- Mehrwertsteuererhöhung zum 1.1.2007	+ 3,0 Mio. €
- unzureichende Budgetsteigerungsrate (der Ansatz für 2007 lag bei 0,5 %, tatsächlich liegt der Satz nun bei lediglich 0,28 %)	+ 0,6 Mio.€

Bei den genannten Beträgen handelt es sich lediglich um zusätzliche Risiken. Die Krankenhäuser der Maximalversorgung, zu denen das Klinikum Stuttgart zählt, hatte durch die Einführung der DRG's und anderer Maßnahmen, wie beispielsweise der Abzug in Höhe von 1 % für den sogenannten Integrationsbudgettopf, der um 2 Jahre verlängert wird, drastische Kürzungen hinnehmen müssen, die sich trotz der sogenannten Kappungsgrenze auf einen Betrag nahezu 4 Mio. € summieren.

Insgesamt wird das Klinikum Stuttgart in der Vorausschau für 2007 ff also mit einem Gesamtbetrag von ca. **17 Mio. €** zusätzlich belastet werden.

Wir halten die Pläne der Bundesregierung daher für völlig unverständlich, zumal die Krankenhäuser in Deutschland bereits mit jeder vergangenen Gesundheitsreform in den letzten Jahren einen erheblichen Finanzierungsbeitrag geleistet haben. Anstatt den nachgewiesenen Bedarf an zusätzlichen Finanzierungsmitteln auszugleichen, sehen die derzeitigen Planungen vor, den Krankenhäusern weitere existenzgefährdende Kürzungen der Finanzmittel aufzubürden. Ich war zu Beginn des Jahres 2006 Mitglied einer Expertenkommission, die das Land im Auftrag des Ministerpräsidenten einberufen hatte. Dieses Expertengremium hat klar festgestellt, dass die Krankenhäuser einen deutlichen Nachholbedarf an Finanzmitteln haben. Ich warne deshalb eindringlich davor, dass die Gesundheitsreform in der jetzigen Form Krankenhäuser in ihrer Existenz bedroht, Arbeitsplätze gefährdet und die hohe Qualität der Leistungen Krankenhäuser beeinträchtigt.

Ich halte es deshalb für unabdingbar, dass auf die genannten Eckpunkte der Gesundheitsreform komplett verzichtet wird und unsere Krankenhäuser endlich Rahmenbedingungen erhalten, die es ermöglichen, die Versorgung der Bevölkerung so zu gewährleisten, wie es in einem zivilisierten Land sein sollte: auf hohem medizinischem Niveau, mit der notwendigen Humanität und ohne unzumutbare Wartezeiten für unsere Patienten.“